

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

18.09.2023

Inhalt

EWN

1 Feuerwehren üben im alten Kernkraftwerk <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 16.09.2023</i>	3
2 Plasma: Experten tagen in Greifswald <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 16.09.2023</i>	4
3 Ex-Staatskanzleichef Frenzel vor Untersuchungsausschuss <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 16.09.2023</i>	5
4 Zu wenig Investitionen in Kernfusion <i>DIE WELT, 18.09.2023</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 16.09.2023 | S. 10

📄 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

👤 Maja Hennings

EINSATZ IN LUBMIN

Feuerwehren üben im alten Kernkraftwerk

58 Einsatzkräfte eilten am Donnerstag aufs EWN-Gelände

Am Donnerstag sind mehrere Feuerwehren auf das **EWN**-Gelände (Entsorgungswerk für Nuklearanlagen) in Lubmin ausgerückt. Hierbei handelte es sich um eine Übung. „Das Ganze ist notwendig, um die Leistungsfähigkeit der 2. Löschgruppe, bestehend aus den Freiwilligen Feuerwehren der Umlandgemeinden, zu überprüfen“, erklärte Katrin Kühl von der Unterneh-

menskommunikation. An der Übung waren 58 Einsatzkräfte beteiligt, 44 davon von den Freiwilligen Feuerwehren aus Lubmin, Wusterhusen, Rubenow, Freest, Kröslin und Kemnitz. Es wurde ein Brand mit Evakuierung im Erweiterungsbau eines Verwaltungsgebäudes simuliert.

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 16.09.2023 | S. 10

📄 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

Plasma: Experten tagen in Greifswald

Rund 130 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreter der Industrie aus 21 Ländern haben sich eine Woche lang in Greifswald über die neuesten Entwicklungen in der Plasmaforschung ausgetauscht. In 95 Vorträgen wurden aktuelle Forschungsergebnisse präsentiert, rund um alle Arten von Gasentladungen, von Niederdruck- bis zu Hochdruckplasmen sowie von thermischen bis zu nicht-thermischen Plasmen und deren Transfer in die Praxis. Nach 1997 und 2010 richtete das Leibniz-Institut für Plasmaforschung und Technologie die renommierte Wissenschaftskon-

ferenz bereits zum dritten Mal in Greifswald aus. Greifswald ist ein internationales Zentrum der Plasmaforschung mit einer rund 100-jährigen Tradition in diesem Forschungsgebiet. Hier befinden sich das INP, das größte außeruniversitäre Forschungsinstitut für Niedertemperaturplasmen in Europa, das IPP, das an der Entwicklung eines Fusionskraftwerks auf Basis eines magnetisch eingeschlossenen Wasserstoffplasmas arbeitet, sowie die Universität Greifswald, die einen Forschungsschwerpunkt für Plasmaphysik anbietet.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 16.09.2023 | S. 17

📄 Auflage: 25.373 | Reichweite: 79.409

👤 Iris Leithold

Ex-Staatskanzleichef Frenzel vor Untersuchungsausschuss

Der Bau der Erdgasleitung Nord Stream 2 von Russland durch die Ostsee nach Lubmin bei Greifswald ist nach Darstellung des ehemaligen Staatskanzleichefs Christian Frenzel (SPD) in der Landesregierung als wirtschaftliches und nicht politisches Projekt gesehen worden. Zur Frage, ob seitens der Landesregierung Einfluss auf Genehmigungsverfahren genommen wurde, sagte Frenzel am Freitag im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klimastiftung MV: „Für mich persönlich kann ich das ausschließen.“

Als das Konsortium Nord Stream 2 während des Genehmigungsverfahrens durch das Bergamt Stralsund ein „starkes Signal“ in Form eines Kabinettsbeschlusses pro Erdgasleitung erbeten habe, sei dies abgelehnt worden, sagte er. Es habe dann einen Bericht im Kabinett zum Stand der Dinge gegeben. An Nord Stream 2 hielt der russische Gaskonzern Gazprom die Mehrheit der Anteile.

Die Landesregierung habe geschlossen hinter dem Milliarden-Projekt gestanden, sagte Frenzel. Es habe keine unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Koalitionspartnern SPD und CDU gegeben. Aus damaliger Sicht sei der Bau der Leitung ein wichtiges Vorhaben für MV gewesen, auch mit Blick auf Arbeitsplätze zum Beispiel im Rohr-Ummantelungswerk auf Rügen während der Bauzeit. Nach der Annexion der Krim durch Russland 2014 habe man die Position einge-

nommen, den Gesprächsfaden mit Russland nicht abreißen lassen zu wollen und dafür die Kanäle, über die MV verfügt habe, zu nutzen.

Die Staatskanzlei habe eine koordinierende Rolle bei der Begleitung des Nord Stream 2-Projektes übernommen, weil mehrere Ministerien - Energie, Wirtschaft und Umwelt - involviert gewesen seien. Im Landtag seien als einzige die Grünen gegen Nord Stream 2 gewesen, „aus verschiedenen Gründen“, sagte Frenzel.

Frenzel war von 2014 bis Anfang 2018 Chef der Staatskanzlei. Auch für Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) arbeitete er noch einige Monate. Sie war im Sommer 2017 Regierungschefin in Schwerin geworden.

In Frenzels Amtszeit fiel die gesamte Planung und der überwiegende Teil des Genehmigungsverfahrens für das Pipeline-Projekt Nord Stream 2. Die Klimastiftung wurde Anfang 2021 auf Beschluss des Landtags gegründet, um Nord Stream 2 unter Umgehung von Sanktionsdrohungen der USA gegen beteiligte Firmen fertigstellen zu können.

Der Ausschuss soll klären, wie groß der Einfluss der russischen Geldgeber von Nord Stream 2 auf die damalige SPD/CDU-Landesregierung bei der Stiftungsgründung war.

Zu wenig Investitionen in Kernfusion

Analysten kritisieren Kurs der Bundesregierung

Deutschland steht in Fragen Kernfusion aktuell noch vor einer offenen Zukunft. Für die Technologie selbst gibt es laut einer neuen Einschätzung von Branchen-Analysten zwar Hoffnung - in zehn bis fünfzehn Jahren könnte die Kernfusion laut der Unternehmensberatung Strategy& einsatzreif für die Stromerzeugung sein - doch in Bundesrepublik fehlen die Mittel.

„Deutschland besitzt alle Voraussetzungen, um eine Führungsrolle in der Fusionsforschung einzunehmen“, sagte Christian von Tschirschky, Energiefachmann bei Strategy&, das zur Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC gehört. Mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching und Greifswald sowie die Helmholtz-Zentren in Karlsruhe und Jülich seien in Deutschland zwar renommierte Forschungsinstitute angesiedelt, doch finanziell sind diese verhältnismäßig schlecht ausgestattet. Laut Strategy& wendet die Bundesrepublik pro Jahr 225 Millionen Euro an Förderungen auf. In den USA summiert sich die staatliche Förderung der Fusionsforschung demnach auf umgerechnet 1,27 Milliarden Euro. Was private Geldgeber betrifft, sitzt laut Strategy& mehr als die Hälfte der neun international finanzstärksten Fusions-Start-ups in den USA und Kanada, zwei in Großbritannien, und nur eines anteilig in Deutschland.

Die neue Technologie wird schon seit Jahren als Möglichkeit zur klimafreundlichen Stromerzeugung angesehen. Die Kernfusion könnte, sobald funktionsfähige Kraftwerke einsatzbereit sind, auch fossile Energien ersetzen und der globalen Energiewende zum Erfolg verhelfen, argumentiert Strategy& im neuen Positionspapier.

„Der Fusionsenergie könnte in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren der entscheidende Durchbruch gelingen, aber Deutschland schaut nur staunend oder skeptisch zu“, kritisierte von Tschirschky. Es brauche eine Fusionsstrategie für sämtliche Schritte von Lieferketten über Forschungsförderung bis zu Verwaltungsvorschriften.

Das Bundesforschungsministerium verwies auf erst kürzlich aufgestockte Fördermittel. So werde die Forschungsförderung für Fusion mit zusätzlichen 370 Millionen Euro über die kommenden fünf Jahre deutlich erhöht. Zusammen mit bereits vorgesehenen Mitteln für die Forschungseinrichtungen stelle das Ministerium damit bis 2028 über eine Milliarde Euro für die Fusionsforschung bereit. Ziel sei es, eine saubere, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung zu sichern. Industrie und Forschungseinrichtungen sollten gemeinsam die technologischen Herausforderungen angehen, damit ein Fusionskraftwerk realisiert werden kann.

Bei der Kernfusion werden Atomkerne nicht gespalten, sondern miteinander verschmolzen, wie es natürlich auf der Sonne geschieht. Dadurch können Fusionskraftwerke Energie erzeugen, ohne Gefahr einer Reaktorkatastrophe und ohne den Nachteil langlebiger Atomabfälle. Das Bundesministerium für Forschung hatte die Technologie im Juni in einem Positionspapier als „sauber“ eingestuft. Bisher gibt es für die Stromversorgung einsetzbare Fusionskraftwerke aber noch nicht. Das Münchner Start-up Marvel Fusion hatte kürzlich jedoch den Bau einer Anlage in den USA angekündigt.